

Stadt, Land und Kommunen

Urbane und ländliche Räume, Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse

Unterschiedlichkeit und Vielfalt in der Ausgestaltung der kommunalen Strukturen und Verhältnisse sind gewollt und bereichern unsere Gesellschaft. Dazu gehören sowohl Großstädte mit hoher Einwohnerzahl als auch dünn besiedelte ländliche Gemeinden mit nur wenigen Einwohnern. Städte und ländlicher Raum haben gegenseitigen Nutzen und sind darauf angewiesen, dass die jeweils andere Struktur sich kraftvoll entwickeln kann. Jede Struktur hat ihre eigene Entstehungsgeschichte und ihre besonderen Vor- und Nachteile. Die Individualität macht die verschiedenen kommunalen Lebenswelten einzigartig und prägt das Gefühl, der Heimat in besonderem Maße verpflichtet zu sein. Deshalb haben grundsätzlich alle Gemeindestrukturen unabhängig von ihrer Größe eine Daseinsberechtigung, die nur durch Entscheidungen der von den Bürgern gewählten Selbstverwaltungsorgane verändert werden soll. Das Land hat die besondere Pflicht, alle diese Strukturen zu stärken und dort gleichwertige Lebensverhältnisse zu ermöglichen. Es hat sein Augenmerk besonders darauf zu richten, dass die Unterschiede in der Lebensqualität und den Entwicklungsmöglichkeiten vergleichbar bleiben.

Kommunale Selbstverwaltung, Grundsatz der Subsidiarität

Städte und Dörfer sind das Gesicht unseres Landes. Das Leben aller Bürger wird bestimmt durch den eigenen Wohn- und Arbeitsort. Wir wollen deshalb, dass sie möglichst umfassend und frei von Weisungen ihre Verhältnisse und Angelegenheiten in ihren Städten und Gemeinden selbst regeln und gestalten können.

Der Staat muss für den Bürger greifbar und nah sein. Wir wollen, dass jeder Bürger die Möglichkeit hat, in großem Umfang über sein unmittelbares Lebensumfeld mitzubestimmen. Deshalb sollen so viele Aufgaben wie möglich auf kommunaler Ebene mit umfassendem Entscheidungsrahmen wahrgenommen werden.

Wir machen uns dafür stark, Landesaufgaben auf die kommunale Ebene zu übertragen. Dabei sind die strukturellen und finanziellen Rahmenbedingungen so auszugestalten, dass leistungsfähige Selbstverwaltungsstrukturen auf kommunaler Ebene möglich und weitere Behörden entbehrlich sind.

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Kosten für Aufgaben, die den Gemeinden dadurch entstehen, dass sie Aufgaben für das Land oder den Bund wahrnehmen, umfassend und vorausschauend ersetzt werden. Darüber hinaus wird ein Finanzrahmen angestrebt, der ausreichend Raum für die kraftvolle und individuelle Ausgestaltung der eigenen Verhältnisse und Angelegenheiten lässt. Dabei soll eine kontinuierliche Investitionskraft, die auf Kredite verzichten kann, angestrebt werden. Wir wollen Förderprogramme des Landes zugunsten der grundsätzlichen Finanzausstattung begrenzen. Durch einen Paradigmenwechsel der Förderpolitik und die Begrenzung der Förderquoten in Kombination mit einer soliden

Finanzausstattung, sollen Fehlanreize vermieden und die eigenverantwortliche Schwerpunktsetzung kommunaler Entscheidungen gefördert werden. Antragsverfahren sollen einfach gestaltet und nötige Prüfungen auf kommunaler Ebene selbst vorgenommen werden.

Bürgerfreundlichkeit, Chancen der Digitalisierung

Das Bürgerbüro in der Gemeinde und in den Ortsteilen der Städte als vorrangige Anlaufstelle für die persönlichen Behördenkontakte, ist unsere Vision für Bürgerfreundlichkeit und Bürgernähe der Zukunft.

Wir wollen die komplexen gesetzlichen Regelungen unseres Staates für den Bürger möglichst komfortabel anwendbar machen. Hierin besteht eine große Chance der Digitalisierung, da durch die Vernetzung der Daten, Informationen und Prozesse die Dienstleistungen schneller und einfacher zum Bürger kommen. Fahrten des Bürgers zu einer Verwaltung sollen soweit wie möglich entfallen. Die Dienstleistung soll zum Bürger kommen. Anträge sollen nur noch gestellt werden müssen, wenn die Antragstellung nicht ausschließlich Vorteile für den Bürger haben kann. Instanzenwege und Zuständigkeitsdschungel durch die Beteiligung verschiedener Behörden sollen abschließend elektronisch koordiniert werden. Das gemeindliche Bürgerbüro ist Beratungsstelle, Ausgabestelle und der Ort für die notwendige amtliche Inaugenscheinnahme.

Mobilität

Gleichwertige Lebensverhältnisse setzen die Erreichbarkeit öffentlicher Einrichtungen, Dienstleistungen, kultureller und sportlicher Angebote oder der medizinischen Versorgung voraus. Deshalb wollen wir flächendeckend moderne und flexible Mobilitätsangebote schaffen. In der Verkehrsinfrastruktur sehen wir einen hervorzuhebenden Entwicklungs- und Investitionsschwerpunkt. Nur dadurch wird Mobilität – ob in der Stadt oder auf dem Land – auch zukünftig gewährleistet.

Lassen Sie uns diskutieren!

Mit welchen Maßnahmen treten wir einer Gemeindestrukturreform entschieden entgegen? Ist eine Förderung freiwilliger Zusammenschlüsse von Ämtern sowie Gemeinden angemessen? Wer soll über Strukturveränderungen entscheiden dürfen?

Welche Abstriche müssen trotz Streben nach Gleichwertigkeit bei den verschiedenen Lebensverhältnissen in Stadt und Land hingenommen werden? Was macht die Lebensqualität aus? Wie lässt sich Chancengleichheit und Gerechtigkeit zwischen Stadt und ländlichem Raum besser realisieren?

Wie bringen wir die Menschen in Zukunft näher zusammen? Ist das Gemeinschaftshaus mit einem offenen WLAN-Hotspot die richtige Antwort darauf?

Welche wirtschaftlichen Perspektiven tun sich in den Städten und im ländlichen Raum gleichermaßen auf? Bietet das autonome Fahren in den nächsten Jahren als die Zukunftsbranche mehr Chancen oder Risiken?

Mit welchen Maßnahmen finden wir Lösungen für den knappen Wohnraum in den Städten und einem erhöhten Leerstand auf dem Land?

Welchen Schwerpunkt sollte die Landesförderung zukünftig besetzen? Stadt oder Land?

Leerstehende ländliche Strukturen – Müssen wir in Zukunft Dörfer aufgeben oder neugestalten?

Wird zusätzliche Mobilität durch Ruf-Bus-Systeme erreicht oder muss der öffentliche Personennahverkehr weitreichender gehen?

Was bedeutet Bürgernähe für Sie mit Blick auf die Kommunal- und Landespolitik?

Muss Breitbandversorgung als eine Aufgabe der Daseinsvorsorge in den Verfassungen aufgenommen werden?